

WAHLKAMPF

CDU ohne Netz-Arena

Die Wahlkampfzentrale der CDU, „Arena 02“ genannt, hat den Anschluss ans Internet verpasst. Der Grund: Die Strategen im Berliner Konrad-Adenauer-Haus haben sich nicht zeitig genug um die Nutzungsrechte an den einschlägigen Internet-Adressen gekümmert. Unmittelbar nach dem Start der CDU-Kampagne im Oktober 2001 sicherten sich ein Politikstudent, ein Computerspezialist und ein Kommunikationspsychologe die Rechte der drei am nächsten liegenden Domain-Varianten des Namens „Arena 02“ – für knapp 20 Euro pro Jahr. Der Braunschweiger Christian Benduhn, Inhaber der Domain „www.arena02.de“, bot der CDU die virtuelle Hausnummer schließlich für 999 Euro zum Kauf an – doch die CDU-Werbeagentur McCann-Erickson lehnte ab. Benduhn rächte sich sogleich an den sparsamen Helfern von Angela Merkel: Klickt ein Besucher seine Netzadresse an, wird er automatisch weitergeleitet – zur Homepage der bayerischen Schwesterpartei CSU. Ob die CDU die Netz-Adresse am Ende doch noch kauft, sei noch nicht entschieden, beteuert jetzt Parteiprecherin Eva Christiansen.



STEFAN SCHULZ / RETRO

FLUGBEREITSCHAFT

Allein im Airbus

Ein seit September 2001 als Beistand für die US-amerikanischen Streitkräfte bereitgehaltenen Sanitäts-Airbus („MedEvac“) der Luftwaffe hat seinen ersten Einsatz absolviert – unter kabarettreife Umständen. Das fliegende Hospital, das bis zu 56 Verwundete aufnehmen kann, beförderte Mitte vergangener Woche einen einzelnen Patienten von Oman nach Stuttgart: Der Offizier vom Bundeswehr-Kommando in Afghanistan war in Kabul vom Lastwagen gefallen und hatte sich an der Hüfte verletzt. Die britische Luftwaffe flog ihn bis nach Oman



„MedEvac“-Airbus der Luftwaffe, Patientenliegen in

auf der Arabischen Halbinsel, dort hätte ihn ein kleiner „Challenger“-Jet der deutschen Flugbereitschaft abholen können. Auf Geheiß des Verteidigungsministeriums musste der aber in Köln-Wahn bleiben: Flüge für die Polit-Prominenz hätten Vorrang. Die Deutsche Rettungsflugwacht in Stuttgart, die schon oft für das Militär tätig war, hätte den Patienten für 30 500 Euro heimgeholt, wurde aber nicht angefordert. Zu mehr als den fünffachen Kosten – 20 Flugstun-

EUROPA I

Trick 2007

Mit einem Trick hat sich die Bundesregierung freie Hand für die Verhandlung über den künftigen deutschen EU-Beitrag verschafft – indem Deutschland mit Finnland die nächste Ratspräsidentschaft getauscht hat. Statt im zweiten Halbjahr 2006 wird Berlin nun erst Anfang 2007 den EU-Vorsitz übernehmen. Diese Verabredung am Rande des Gipfels von Laeken wurde vom belgischen Premierminister Guy Verhofstadt per Rundbrief an die Staats- und Regierungschefs bestätigt. Offizielle Begründung für den Deal ist die im Herbst 2006 anstehende übernächste Bundestagswahl. Der wichtigere Grund aber ist, dass im zweiten Halbjahr 2006 die Verhandlungen für die am 1. Januar 2007 beginnende nächste siebenjährige EU-Finanzplanung abgeschlossen werden. Dort möchte Berlin eine drastische Reduzierung seiner Zahlungen an Brüssel durchsetzen und deshalb bei der erwarteten harten Auseinandersetzung nicht durch die Präsidentschaftsrolle behindert werden, die traditionell zu Ausgleich bei Streitereien verpflichtet.



„Dreispitz-Haus“ in Berlin-Mitte

MINISTERIEN

Abwanderung aus Bonn?

Beim Regierungsumzug 1999 in Bonn zurückgebliebene Bundesministerien sichern sich derzeit ohne großes Aufsehen Büroflächen in der Hauptstadt Berlin. Dort haben sie bisher nur einen so genannten zweiten Dienstsitz. Bil-

dungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) etwa wird demnächst im „Dreispitz-Haus“ an der Friedrichstraße bis zu 3000 Quadratmeter übernehmen. Vorläufig will die Sozialdemokratin davon aber nur 368 Quadratmeter beanspruchen, zumal vorerst nur 5 ihrer noch rund 1000 Bonner Mitarbeiter an die Spree wechseln sollen – der größte Teil der Fläche wird bis auf weiteres leer stehen. Noch wesentlich üppiger versorgt Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) vorsichtshalber ihr Ressort: Die bisherigen Mieter von 6000 Quadratmetern in einem Altbau in der Nähe des Potsdamer Platzes müssen zum 30. Juni ihre Büros und Läden zu Gunsten des Schmidt-Ministeriums verlassen. „Für den aktuellen Bedarf ist das Haus zu groß“, räumt ein Bonner Spitzenbeamter ein, denn bislang sitzen nur rund 100 Gesundheitsministeriale in Berlin, 420 sind noch in Bonn. Aber für einen Umbau der Flächen veranschlagt Schmidt zwei bis drei Jahre. Und bis dahin, so die verbreitete Vermutung im Berliner Regierungsviertel, könnte die Standortfrage neu geregelt sein – zu Gunsten Berlins.

PAUL LANGROCK / ZEITUNG